

Bereit für Verantwortung: Moderner Staat Deutschland

Neuhardenberg, 6. September 2024

Beschluss des Geschäftsführenden Vorstands der
CDU·CSU Fraktion im Deutschen Bundestag



Unsere Kernforderungen auf einen Blick

(1) Paradigmenwechsel in der Haushaltspolitik: Der Erfolg eines staatlichen Programms darf sich künftig nicht mehr am Umfang der verausgabten Mittel orientieren, sondern an der Erreichung von klar definierten **Zielen und Indikatoren**. Nicht das Mehr an Geld zählt, sondern die tatsächliche Wirksamkeit eines staatlichen Programms.

(2) Europäische Vorgaben nur 1:1 umsetzen: Europäische Richtlinien wollen wir künftig 1:1 in nationales Recht umsetzen; eine nationale „Übererfüllung“ von europäischen Standards werden wir grundsätzlich nicht mehr vornehmen. Wir unterstützen das Ziel der Europäischen Kommission, 25 Prozent der Berichtspflichten für Unternehmen zu streichen.

(3) Gesetze sollten grundsätzlich nur noch zum 1. Januar und 1. Juli in Kraft treten. Damit schaffen wir Klarheit und Planungssicherheit für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen.

(4) Bundesverwaltung modernisieren: Unser Ziel ist es, die Anzahl der 962 nachgeordneten Bundesbehörden durch Zusammenlegungen und den Abbau von Redundanzen massiv zu reduzieren. Dazu gehört auch, den Personalbestand in den Bundesministerien und in bestimmten nachgeordneten Behörden signifikant zu senken.

(5) Anzahl der „Beauftragten“ der Bundesregierung auf das unverzichtbare Mindestmaß reduzieren: Wir wollen, dass die jeweilige Ministerin oder der jeweilige Minister, unterstützt von den Fachabteilungen seines Ressorts, Verantwortung für alle Themen des jeweiligen Geschäftsbereichs übernimmt.

(6) Bundesministerien verschlanken: Standardisierte oder standardisierbare Aufgaben wie Personalmanagement, IT-Dienstleistungen, Compliance, Datenschutz und Vergabe wollen wir aus den Ministerien herauslösen und in leistungsfähigen zentralen Service-Einheiten zusammenfassen.

(7) Praxistauglichkeit von Gesetzen stärken: Es darf kein Gesetz mehr ohne einen Digital-Check verabschiedet werden. Digitalisierung des Bundes muss zentral koordiniert und durchgesetzt werden.

(8) Wir setzen auf „once only“: Jede Bürgerin und jeder Bürger soll seine Daten künftig nur noch ein einziges Mal gegenüber staatlichen Stellen angeben müssen; der Informationsaustausch zwischen den staatlichen Stellen läuft anschließend automatisch.

(9) Internationale Handlungsfähigkeit stärken: Wir setzen uns mit Nachdruck für die Schaffung eines Nationalen Sicherheitsrates im Bundeskanzleramt ein, in dem die wichtigsten Erkenntnisse aus den Auslandsvertretungen, den Sicherheitsbehörden, den Ressorts und den Nachrichtendiensten in Echtzeit zusammenfließen.

(10) Digitalisierung zur Bekämpfung und Verfolgung von Kriminalität: Wir treten für eine umfassende Vernetzung der bei den Sicherheitsbehörden vorhandenen Daten ein.

Die Handlungs- und Leistungsfähigkeit des Staates ist von zentraler Bedeutung für das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die demokratischen Institutionen. Die Menschen in unserem Land erwarten, dass ihre Steuern und Abgaben eine funktionierende Verwaltung finanzieren, die ihnen und dem öffentlichen Interesse dient.

Dieses Vertrauen in die Problemlösungskompetenz des Staates ist unter der aktuellen Bundesregierung erschüttert. Der eGovernment-Monitor 2023 stellt fest, dass nur noch ein Drittel der Menschen in Deutschland ihrem Staat eine effektive Leistungsfähigkeit zuschreiben. Diese Erfahrung erwächst aus dem Alltag: Die Baustelle, die ewig nicht fertiggestellt wird; der Antrag an die Stadtverwaltung, der immer noch nicht digital eingereicht werden kann; die ausufernde Bürokratie, die in alle Lebensbereiche der Menschen eingreift. Mehr noch: Die staatliche Handlungsfähigkeit ist in Gefahr. Wenn politische Entscheidungen nicht mehr in eine tatsächliche Verbesserung der Lebensbedingungen der Bürgerinnen und Bürger münden, stellt dies die Handlungsfähigkeit des Staates in Frage. In einer Zeit großer technologischer Umbrüche, sich verändernder geopolitischer Rahmenbedingungen und konkurrierender Volkswirtschaften braucht es einen handlungsfähigen Staat.

Der Staat darf nicht Lehrmeister, er muss Dienstleister sein. Wir wollen einen Staat, der dem Bürger nicht mit erhobenem Zeigefinger entgegentritt, sondern ihm die helfende Hand reicht. Leitend ist für uns dabei das Bild von mündigen, eigenverantwortlichen Bürgerinnen und Bürgern und einer marktwirtschaftlichen Ordnung.

Die aktuellen Probleme liegen auch in der enormen Komplexität und der damit einhergehenden Überlastung der Verwaltung begründet. Immer mehr Aufgaben und immer neue Regelungen – mittlerweile auch oftmals von der europäischen Ebene – erfordern immer mehr Personal und weitere Behörden. Entscheidungsgeschwindigkeit und Entscheidungseffizienz sind vielfach beeinträchtigt. Mittlerweile existieren 962 nachgeordnete Bundesbehörden. Die Bundesregierung leistet sich mehr als vierzig „Beauftragte“ für gesonderte Themenbereiche. Der Personalstock wächst stark: Mittlerweile sind fast sechs Millionen Menschen in Deutschland im öffentlichen Dienst beschäftigt. Ein großer Anteil dieses Stellenaufwuchses kommt nicht den Bürgerinnen und Bürgern zugute, sondern dient auch beim Bund der Eigenverwaltung. Diese Entwicklung ist nicht den vielen fleißigen und pflichtbewussten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes geschuldet, sondern der Regelungswut des Gesetz- und Verordnungsgebers.

Es ist ein Teufelskreis: Um der Überkomplexität Herr zu werden, werden immer neue Stellen geschaffen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Behörden selbst kommen dennoch an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit, sind vielfach überarbeitet und gestresst. Fakt ist: Die in den vergangenen Jahren oftmals herangezogene Scheinantwort, diese Probleme nur mit mehr Personal oder noch mehr Geld anzugehen, wird in Zeiten knapper Kassen und Fachkräftemangel nicht funktionieren. **Dieser Teufelskreis muss durchbrochen werden.**

Hierfür braucht es einen Dreiklang aus (1) weniger Regulierung mit einer neuen Kultur des Vertrauens, (2) besserer und klarerer Regulierung und (3) neuen wirksameren Strukturen. **Kurzum: Wir wollen einen Staat, der funktioniert.** Zur Wahrheit zählt, dass unsere

Verwaltung zukünftig Personal effektiver einsetzen und ihre Strukturen optimieren muss. Wir schaffen neue Wege für einen modernen, digitalen Staat.

Wir wollen eine neue Kultur des Problemlösens und Ermöglichens in Deutschland. **Wir müssen die selbst auferlegten Fesseln von Bürokratie, Datenschutz und mangelnder Flexibilität ablegen.** Digitale Sicherheit muss dabei selbstverständlich sein. Probleme müssen gelöst anstatt endlos bearbeitet werden. Wir brauchen bessere und wirksamere Gesetz und Verordnungen. Strategische Vorausschau, eine wirkungsvolle Datenpolitik, Technologien wie Künstliche Intelligenz (KI) und Digitalisierung bieten hierfür enormes Potenzial.

Unser Staat braucht ein umfassendes Update für sein Betriebssystem. Dieses Update werden wir mit einer Staats- und Verwaltungsmodernisierung aufspielen. Wir scheuen uns dabei nicht vor einem großen Wurf. Unser Ziel ist mehr Wirksamkeit, Klarheit, Tempo und Resilienz für den Staat der Bürgerinnen und Bürger.

Mehr Wirksamkeit

Staatliches Handeln muss zielgerichtet und wirksam sein. **Daher leiten wir in der Haushaltspolitik einen Paradigmenwechsel ein.** Der Erfolg eines staatlichen Programms darf sich künftig nicht mehr am Umfang der verausgabten Mittel orientieren, sondern an der Erreichung von klar definierten **Zielen und Indikatoren**, die u.a. Fördergelder mit Wirkungszielen verknüpfen. Nicht das Mehr an Geld zählt, sondern die tatsächliche Wirksamkeit eines staatlichen Programms.

Wir unterstützen das Ziel der Europäischen Kommission, **25 Prozent der Berichtspflichten für Unternehmen zu streichen.** Doch dies kann nur ein erster Schritt hin zu einer umfassenden Agenda für Bürokratieabbau sein. **Europäische Richtlinien wollen wir künftig 1:1 in nationales Recht umsetzen; eine nationale „Übererfüllung“ von europäischen Standards werden wir grundsätzlich nicht mehr vornehmen.** Dazu zählt auch, dass wir im Falle einer Regierungsübernahme alle bereits in nationales Recht umgesetzten europäischen Regeln überprüfen werden: In Fällen einer „Übererfüllung“ europäischer Vorgaben werden wir die nationale Umsetzung auf das absolut notwendige Maß reduzieren.

Um die beste Lösung anbieten zu können, setzen wir auf stärkere strategische Vorausschau und eine schnellere ermöglichende Regulierung bei wichtigen neuen Entwicklungen. Bei politischen Maßnahmen sollen nicht nur die Akteure mitreden können, die heute schon groß und sprechfähig sind, sondern auch die neuen, innovativen Ansätze aus Wissenschaft, Forschung und Startups sollen früher als bisher in den politischen Prozess einbezogen werden. **Diese „Zukunftslobby“ wollen wir künftig konsequent frühzeitig in politische Vorhaben mit einbeziehen.** Damit setzen wir auf neue Lösungen und die Kraft von Innovation und Unternehmergeist.

Gesetzgebung darf nicht dem „politischen Gefühl“ folgen. Noch nie hat eine Bundesregierung in so drastischer Weise Gesetzgebung am tatsächlichen Bedarf und an den Bedürfnissen der Bevölkerung vorbei betrieben, wie die Ampel-Koalition. Wir treten deshalb

für einen „lernenden Staat“ mit einer **evidenzgeleiteten Entscheidungsfindung und Gesetzgebung sowie einer konsequenten Wirkungskontrolle** ein. Dazu werden wir die Wirkung von Gesetzen stärker messen und eine **Datenanalyse in Politik und Verwaltung** einführen. Wenn die Analyse zeigt: Das Gesetz funktioniert nicht, dann schaffen wir es wieder ab. Darüber hinaus wollen wir „Experimentierklauseln“ einführen und somit die Flexibilität staatlichen Wirkens stärken.

Mehr Klarheit

Bundesverwaltung modernisieren: Regierungen und Behörden müssen schlanker werden und stärker priorisieren. Unser Ziel ist es, die Anzahl der 962 nachgeordneten Bundesbehörden durch Zusammenlegungen und den Abbau von Redundanzen massiv zu reduzieren. Dazu gehört auch, den Personalbestand in den Bundesministerien und in bestimmten nachgeordneten Behörden signifikant zu senken. Den Wechsel von Beschäftigten zwischen Ministerien und Behörden, aber auch den Wechsel zwischen öffentlichem Dienst und Privatwirtschaft wollen wir erleichtern.

Wir wollen die **Anzahl der „Beauftragten“ der Bundesregierung auf das unverzichtbare Mindestmaß reduzieren.** Die aktuelle Übersicht der Bundesregierung weist 45 „Beauftragte“ aus. Wir wollen, dass die jeweilige Ministerin oder der jeweilige Minister, unterstützt von den Fachabteilungen seines Ressorts, Verantwortung für alle Themen des jeweiligen Geschäftsbereichs übernimmt.

Ministerielle Aufgaben trennen wir klar von Aufgaben des Verwaltungsvollzugs. Wir wollen die Art, wie wir Verwaltung vollziehen, im Einvernehmen mit den Ländern grundlegend reformieren. Dabei setzen wir auch auf KI und den effizienten, weitestgehend automatisierten Vollzug. Damit ließen sich die Kosten für den Verwaltungsvollzug erheblich reduzieren, Verwaltungen und ihr Personal deutlich entlasten und die Qualität der Verwaltungsleistungen erheblich steigern. **Behörden müssen mit den bestehenden Ressourcen besser werden. Der ständige Aufwuchs von Geld und Stellen in der Verwaltung muss enden.** Wir verschlanken die Geschäftsbereiche der Bundesministerien, indem wir **standardisierte oder standardisierbare Aufgaben wie Personalmanagement, IT-Dienstleistungen, Compliance, Datenschutz und Vergabe aus den Ministerien herauslösen und in leistungsfähigen zentralen Service-Einheiten zusammenfassen.**

Gesetze sollten grundsätzlich nur noch zum 1. Januar und 1. Juli in Kraft treten. Damit schaffen wir Klarheit und Planungssicherheit für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen.

Gesetzgebung werden wir auf das Wesentliche konzentrieren. Mit einem **Belastungsmoratorium für Wirtschaft und Bürger** werden wir mit jedem neuen Gesetz die Bürokratiebelastung stufenweise reduzieren. Zu Beginn der neuen Wahlperiode werden wir alle laufenden Umsetzungsverfahren, zum Beispiel noch nicht in Kraft getretene Verordnungen, zunächst für ein Jahr anhalten und auf den Prüfstand stellen. Wir vollziehen einen Paradigmenwechsel: Die Suche nach absoluter Einzelfallgerechtigkeit hat in der Vergangenheit nicht zu mehr Gerechtigkeit, sondern nur zu mehr Bürokratie geführt. Hier ist

der Gesetzgeber in der Verantwortung, er darf diese nicht Behörden überlassen; auf diese Weise entlastet er auch die Verwaltung. Wir wollen stattdessen pragmatische und gerechte Wege zu schnellen Verfahren einführen. Die Dokumentations- und Berichtspflichten für Unternehmen müssen auf das absolut notwendige Maß zurückgefahren werden.

Die **Praxistauglichkeit von Gesetzen** werden wir erhöhen und die Digitaltauglichkeit von allen neuen Gesetzen und Verordnungen prüfen. Es darf kein Gesetz mehr ohne einen **Digital-Check** verabschiedet werden, der diesen Namen auch verdient. Denn unser Ziel ist, den Vollzug durch Standardisierung und Automatisierung zu beschleunigen. Digitalisierung des Bundes muss zentral koordiniert und durchgesetzt werden.

In der Zusammenarbeit von Bund, Ländern und ihren Kommunen werden wir wieder **klare Verantwortlichkeiten und eine entsprechend klare Finanzverantwortung etablieren**. Die Verantwortungs- und Zuständigkeitsdiffusion zwischen den staatlichen Ebenen werden wir Schritt für Schritt zurückführen. Auf eindeutige Zuständigkeiten folgt auch eine auskömmliche Zuweisung von Mitteln. Wenn der Bund neue Aufgaben für die Länder schafft oder die Verantwortung für höhere Kosten trägt, muss das auch finanziell unterlegt sein. Ansonsten muss wieder die Regel gelten: Wer zuständig ist, bezahlt.

Mehr Tempo

Auf allen staatlichen Ebenen wird die Verwaltung zukünftig **mehr Aufgaben mit weniger Personal schneller bearbeiten** müssen. Das wird nur möglich sein, wenn KI effizient, sicher und intensiv zur Unterstützung und Vorbereitung menschlicher Entscheidungen eingesetzt wird. Wir wollen deshalb **rechtliche Hürden für den KI-Einsatz in Behörden konsequent abbauen**. Ein praktisches Beispiel: KI sortiert die Akte, prüft auf Vollständigkeit, bereitet den Vorgang für den Sachbearbeiter entscheidungsreif auf. So beschleunigen wir das Verwaltungshandeln, **setzen wertvolle menschliche Arbeitskraft für die wirklich wichtigen Entscheidungen frei** und erhalten die Leistungsfähigkeit der Verwaltung vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels.

Jeder Bürgerin und jedem Bürger sichern wir eine digitale Identität sowie ein sicheres Nutzerkonto zu. **Wir setzen konsequent auf „once only“: Jede Bürgerin und jeder Bürger soll seine Daten künftig nur noch ein einziges Mal gegenüber staatlichen Stellen angeben müssen**; der Informationsaustausch zwischen den staatlichen Stellen läuft anschließend automatisch.

Wir führen eine **zukunftsorientierte KI- und Datenpolitik ein. Im Mittelpunkt unserer Politik steht nicht Datensparsamkeit, sondern Datensicherheit und Datensouveränität**. Alle Daten in staatlicher Hand müssen anonymisiert für das Training von Verwaltungs-KI zur Verfügung stehen. Rechtliche Hürden werden wir konsequent abbauen und alle staatlichen Stellen zur Zusammenarbeit verpflichten. Bei der Entwicklung von KI-Anwendungen für die Verwaltung setzen wir auf „Einer für Alle“. Die ineffiziente Zersplitterung der zahllosen Entwicklungsprojekte werden wir beenden. Bessere ressortübergreifende Zusammenarbeit und Bündelung von Verantwortung und Budgets in der Digitalpolitik steht für uns im Vordergrund.

Gerade bei der **Digitalisierung der Justiz** bestehen enorme Synergiepotenziale. Derzeit arbeiten die Länder allein oder in kleinen Gruppen an Digitalprojekten. Hier sollten Ressourcen gebündelt und – unter Einbeziehung der Gerichte und Gerichtshöfe des Bundes – das Prinzip „einer für alle“ umgesetzt werden.

Für „mehr Tempo“ brauchen wir auch eine beschleunigte Planung und den schnelleren Ausbau der notwendigen Infrastruktur. Wir wollen alle rechtsstaatlich möglichen Optionen für eine weitere Beschleunigung der Verfahren nutzen. Dazu gehören Anpassungen bei der Öffentlichkeitsbeteiligung und bei den Klagemöglichkeiten. Wir wollen den einstweiligen Rechtsschutz bei Infrastrukturprojekten in einen nachlaufenden Rechtsschutz umbauen. Zusätzlich streben wir eine verstärkte Nutzung von „Planung durch Gesetz“ an.

Mehr Resilienz

Die vielfältigen Krisen auf der Welt, die Erfahrungen aus der Corona-Pandemie und den Naturkatastrophen der vergangenen Jahre sowie die neue Bedrohungslage seit Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine zeigen: Ressortdenken und die derzeitigen föderalen Strukturen sind den Sicherheitsherausforderungen und den schnell auftretenden Gefahren nicht gewachsen. Das parallele Wirken unterschiedlicher Ressorts mit internationalem und sicherheitspolitischem Profil hemmt unsere Handlungsmöglichkeiten. **Wir setzen uns mit Nachdruck für die Schaffung eines Nationalen Sicherheitsrates im Bundeskanzleramt ein**, in dem die wichtigsten Erkenntnisse aus den Auslandsvertretungen, den Sicherheitsbehörden, den Ressorts und den Nachrichtendiensten in Echtzeit zusammenfließen. Im Nationalen Sicherheitsrat sollen Entscheidungen über kohärente und ressortübergreifende Maßnahmen, in die auch die Länder und Kommunen eingebunden sind, zur Wahrung deutscher Sicherheitsinteressen und der Gefahrenabwehr rasch getroffen werden.

Unsere Nationale Sicherheit wird nicht nur im öffentlichen Raum, sondern auch im Cyberraum verteidigt. Es braucht deshalb ein **digitales Update für die Zuständigkeiten unserer Sicherheitsbehörden**. Ihre Befugnisse müssen auf das Niveau anderer westlicher, demokratischer Staaten angehoben werden. Dazu gehört die Möglichkeit, sich gegen Attacken im Cyberraum mit einer aktiven Cyberabwehr zu wehren.

Physische wie auch digitale Bedrohungen aus dem Cyberraum unserer kritischen Infrastruktur sind die zentrale Herausforderung. Hier für mehr Schutz und Resilienz zu sorgen ist Aufgabe und Anspruch der Politik auf allen Ebenen.

Bund und Länder für nationale Krisenlagen besser wappnen: Wir wollen den Bevölkerungsschutz in Deutschland weiter stärken. Dazu braucht es neben einer möglichst engen Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen eine solide finanzielle Ausstattung für den Katastrophen- und Zivilschutz und für das Technische Hilfswerk. Zudem wollen wir das ehrenamtliche Engagement weiter fördern und Helfer noch besser unterstützen. Wir wollen eine zivile Reserve aufbauen und damit auch die Zusammenarbeit von zivilen und militärischen Kräften ausbauen. Ein zentrales Kompetenzzentrum sowie

einheitliche Ausbildungsstandards sollen die Einsatzbereitschaft und Handlungssicherheit für zukünftige Krisen gewährleisten.

Was für Verwaltungsdaten allgemein gilt, gilt im Besonderen auch für die Daten der Sicherheitsbehörden: Vernetzung und Digitalisierung sind der Schlüssel zum Erfolg. **Bei der Bekämpfung und Verfolgung von Kriminalität darf es nicht vorkommen, dass die eine Behörde nicht weiß, was die andere längst ermittelt hat.** Wir treten deshalb für eine umfassende Vernetzung der bei den Sicherheitsbehörden vorhandenen Daten ein.